

Migration und Alter

Rede von Michael Solf MdL vor dem Landtag Nordrhein-Westfalen,
gehalten am 28. Mai 2009

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Anrede!

Lassen Sie mich gleich zu Beginn eines sagen: Etliches von dem, was die Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion als Bestandsaufnahme in ihrem Antrag formuliert haben, ist durchaus zutreffend. Das möchte ich gerne feststellen. Aber – auch das kann ich nicht verschweigen – die Schlussfolgerungen und Forderungen, die Sie erheben, greifen leider zum Teil zu kurz bzw. blenden einige Fakten aus.

Wie also sieht die Sachlage aus? Immer mehr Menschen mit einer Zuwanderungsgeschichte scheiden aus dem aktiven Erwerbsleben aus, insbesondere die so genannten „Gastarbeiter“ aus den Mittelmeerländern, die als Bergleute unter Tage, als Fabrikarbeiter, als Gastronomen oder als Kleinunternehmer hier gearbeitet haben.

Hinzu kommen auch andere zum Teil hochqualifizierte Fachkräfte, die aus allen Teilen der Welt stammen und mittlerweile in den verschiedensten Berufsfeldern tätig sind. Die Lebensleistung all dieser Menschen gilt es zu würdigen; sie alle haben zum wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Erfolg unseres Landes beigetragen.

Laut den Ergebnissen des Mikrozensus lebten 2007 fast 700.000 Menschen mit einer Zuwanderungsgeschichte in Nordrhein-Westfalen, die älter als 55 Jahre sind. Diese Zahl wird in den kommenden Jahren beträchtlich weiter steigen. So geht die Zukunftskommission NRW in ihrem kürzlich vorgelegten Bericht davon aus, dass bereits bis zum Jahr 2020 der Anteil der über 65-Jährigen bei den Bürgerinnen und Bürgern mit

einer Zuwanderungsgeschichte von heute sieben Prozent auf dann zwölf Prozent steigen wird.

Diese Entwicklung birgt natürlich Probleme: Viele „Gastarbeiter“ haben lange Zeit das Ziel verfolgt, irgendwann wieder in ihr Herkunftsland zurückzukehren, und sich deshalb nicht ausreichend mit Themen wie Alterspflege, Gesundheitsversorgung oder Rentenansprüchen beschäftigt. Dazu kommen oft sprachliche Barrieren und der Umstand, dass die Möglichkeiten kultursensibler Pflege sicherlich noch verbessert werden können. Vor wenigen Tagen erst ist eine Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung unter dem Titel „Migration und Gesundheit“ erschienen, in der bilinguales Personal in der Altenpflege angemahnt wird, und im Bundestag wollen CDU und SPD Hauptschüler und Hauptschülerinnen mit türkischen Wurzeln für die Altenpflegeausbildung gewinnen.

Den Vorwurf, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, dass die jetzige Landesregierung bisher zu wenig getan habe, um die Situation älterer Menschen mit einer Zuwanderungsgeschichte zu verbessern, kann ich allerdings überhaupt nicht teilen. Wie Sie dem „Aktionsplan Integration“ und dem „Integrationsbericht“ entnehmen können, ist das Thema sehr wohl im Blick dieser Landesregierung.

Die in Ihrem Antrag erwähnten „Handlungsempfehlungen“ des Ministeriums entwerfen nicht nur – wie Sie es beschreiben – ein „blumiges Szenario“, sondern werden ganz konkret in den Kommunen hinsichtlich ihrer Umsetzung beraten. Schauen Sie sich doch einmal das Programm „KOMM-IN NRW“ an: Dort werden sowohl gesamtstrategische Prozesse der kommunalen Integrationsarbeit gefördert als auch altersspezifische Projekte.

Oder denken Sie an die zahlreichen Integrationsagenturen, die vom Land unterstützt werden. Sie leisten einen ganz wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Beratungsstrukturen und fördern das vielfältige bürgerschaftliche

und ehrenamtliche Engagement von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte sowie die Aktivitäten der verbandlichen und offenen Kinder-, Jugend- und Seniorenarbeit.

Darüber hinaus könnte ich Ihnen noch zahlreiche weitere Einzelprojekte aufzählen, die älteren Menschen mit einer Zuwanderungsgeschichte in dem von Ihnen skizzierten Sinne zugute kommen. Und auch die von Ihnen geforderten Untersuchungen, mit denen die Lebenslage, Potentiale und Bedürfnisse dieser Menschen erforscht werden sollen, gibt es doch längst. Schauen Sie beispielsweise einmal in dem kürzlich erschienenen Band 59 der „Statistischen Analysen und Studien NRW“ nach.

Was also lässt sich festhalten? Wir müssen die Probleme, mit denen ältere Menschen mit einer Zuwanderungsgeschichte konfrontiert sind, weiterhin beherzt und nachhaltig anpacken. Das ist eine Aufgabe, die nicht in einer Woche, nicht in einem Monat, nicht in einem Jahr zu bewältigen ist. Die in dem Antrag erhobenen Forderungen helfen uns dabei allerdings nicht weiter, da sie schlichtweg schon längst umgesetzt werden und somit in gewisser Weise veraltet sind. Deshalb können wir Ihren Antrag nicht unterstützen. Der Überweisung an die Ausschüsse stimmen wir natürlich gleichwohl zu.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit!